

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mkt., durch die Post monatlich 1,50 Mkt., vierteljährlich 4,50 Mkt. Einzelne Nummern kosten 1 Mkt. Post- und Veranlagungsbehalte pro Seite 25 Pf. Geschäftsbehalte werden nicht aufgenommen.

Glück  Auf!

Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner, Bochum.
Druck und Verlag von H. Danmann & Co., Bochum, Wilmshausenstraße 28-32.
Telefon-Nr.: Vorstand 98, Expedilion 89. Telegramm-Adresse: AVBerband Bochum.

Einem Spiritisten.

Im Geisterreich sollst du dich nicht ergen,
Dem Leben sollst du kühn ins Antlitz sehen
Mit seinem starken Fördern, Drängen, Hasten.
Was kümmern dich die Träume der Phantasten,
Die, nervenkrank, dem Grabe Gruß entboten —
Der Lebende gehört nicht zu den Toten.

Lohnverluste der Bergarbeiter.

160 525 588 Mark Lohnverlust haben die Bergarbeiter im preussischen Bergbau vom 1. Vierteljahr 1908 bis einschließlich 1. Vierteljahr 1911, also in 3 1/4 Jahren, durch direkte Lohnreduzierungen erlitten, ungerichtet die Verluste, die ihnen durch die zahlreichen Feierschichten entstanden sind. Am IV. Vierteljahr 1907 hatten die Löhne fast überall den Höhepunkt erreicht, von da ab gingen sie rapide zurück. Wären die Löhne auf der Höhe, die sie im IV. Vierteljahr 1907 erreicht hatten, stehen geblieben, hätten die Bergarbeiter im preussischen Bergbau in den angeführten 3 1/4 Jahren 160 525 588 Mkt. mehr verdient, die sie aber durch den Lohnrückgang, wie gesagt, verloren haben. Die Durchschnittslöhne pro Schicht und die Gesamtlöhnenverluste betragen in den einzelnen Revieren:

	je im 4. Quartal					Gesamtlohnverlust
	1907	1908	1909	1910	1911	
	Mkt.	Mkt.	Mkt.	Mkt.	Mkt.	Mkt.
Ruhrgebiet	4,09	4,78	4,48	4,61	4,04	123 787 550
Oberschlesien	3,55	3,52	3,40	3,45	3,45	7 152 209
Niederschlesien	3,80	3,81	3,28	3,80	3,28	3 378 252
Saargebiet	4,07	4,08	3,98	4,01	4,03	3 819 327
Wachener Revier	4,69	4,54	4,41	4,53	4,55	3 771 088
Galler Braunkohlenrevier	3,70	3,58	3,57	3,65	3,50	5 202 130
Linsrhlein	3,09	3,08	3,01	3,08	3,04	372 043
Galler Salzbergbau	3,98	3,92	3,88	4,04	4,13	402 064
Clausthale Salzbergbau	4,11	4,08	4,04	4,17	4,22	388 700
Mansfelder Erzbergbau	3,52	3,40	3,44	3,60	3,62	1 374 400
Siegener Erzbergbau	4,37	3,85	3,86	3,90	3,05	6 420 019
Rassauer Erzbergbau	3,51	3,02	3,10	3,20	3,21	2 562 028
Niederschlein. Erzbergbau	3,67	3,29	3,34	3,40	3,40	1 518 875
Summa						160 525 588

Nur im Haller und Clausthale Salz- und im Mansfelder Erzbergbau stehen die Durchschnittslöhne jetzt höher wie im IV. Vierteljahr 1907, in allen anderen Revieren zum Teil noch bedeutend niedriger; im Ruhrrevier pro Schicht um 85 Pf. = 7 Prozent, in Oberschlesien um 10 Pf. = 2,8 Prozent, in Niederschlesien um 13 Pf. = 3,8 Prozent, im Saargebiet um 4 Pf. = 0,9 Prozent, im Wachener Revier um 14 Pf. = 3 Prozent, im Haller Braunkohlenrevier um 11 Pf. = 3 Prozent, im linksrheinischen Braunkohlenrevier um 5 Pf. = 1,3 Prozent, im Siegener Erzbergbau um 42 Pf. = 9,6 Prozent, im Rassauer Erzbergbau um 20 Pf. = 5,7 Prozent, im rechtsrheinischen Erzbergbau um 23 Pf. = 6,3 Prozent.

Am empfindlichsten wurden jedoch die unterirdisch beschäftigten eigentlichen Bergarbeiter, Säuer, Lehrhauer usw. durch die Lohnverluste betroffen. Der Durchschnittslohn derselben betrug in den einzelnen Revieren pro Schicht:

	je im 4. Quartal				
	1907	1908	1909	1910	1911
	Mkt.	Mkt.	Mkt.	Mkt.	Mkt.
Ruhrgebiet	6,14	5,77	5,30	5,45	5,49
Oberschlesien	4,10	4,02	3,97	3,91	3,91
Niederschlesien	3,78	3,61	3,51	3,54	3,50
Saargebiet	4,85	4,64	4,50	4,57	4,60
Wachener Revier	5,36	5,10	4,98	5,14	5,12
Galler Braunkohlenrevier	4,39	4,15	4,13	4,16	4,05
Linsrhlein. Braunkohlenrevier	4,31	4,27	4,24	4,40	4,43
Galler Salzbergbau	4,36	4,25	4,16	4,40	4,38
Clausthale Salzbergbau	4,67	4,53	4,51	4,60	4,71
Mansfelder Erzbergbau	3,78	3,56	3,54	3,77	3,78
Siegener Erzbergbau	4,07	4,04	4,08	4,28	4,28
Rassauer Erzbergbau	3,79	3,15	3,23	3,47	3,48
Niederschlein. Erzbergbau	4,17	3,64	3,69	3,82	3,77

Die Löhne der eigentlichen Bergarbeiter haben nur im linksrheinischen Braunkohlenrevier, im Haller und Clausthale Salz- und im Mansfelder Erzbergbau die Höhe vom IV. Vierteljahr 1907 etwas überschritten, in allen übrigen Revieren stehen sie zum Teil noch wesentlich dahinter zurück; im Ruhrrevier pro Schicht um 65 Pf. = 10,6 Prozent, in Oberschlesien um 19 Pf. = 4,6 Prozent, in Niederschlesien um 23 Pf. = 6,3 Prozent, im Saargebiet um 5 Pf. = 1,07 Prozent, im Wachener Revier um 24 Pf. = 4,7 Prozent, im Haller Braunkohlenrevier um 33 Pf. = 7,5 Prozent, im Siegener Erzbergbau um 59 Pf. = 11,8 Prozent, im Rassauer Erzbergbau um 31 Pf. = 8,2 Prozent, im rechtsrheinischen Erzbergbau um 35 Pf. = 9,6 Prozent. Zu berücksichtigen ist, daß die unterirdisch beschäftigten eigentlichen Bergarbeiter, die durch die Lohnverluste am stärksten betroffen wurden, zum Teil verheiratet sind und Familien zu unterhalten haben. Diese wurden selbstverständlich am so empfindlicher getroffen.

Dieses trübende Bild wird nur vergrößert, wenn wir die Vierteljahrsgehälter, die pro Arbeiter verdient wurden, in gleicher Weise nebeneinander stellen. Diese betragen:

	je im 4. Quartal				
	1907	1908	1909	1910	1911
	Mkt.	Mkt.	Mkt.	Mkt.	Mkt.
Ruhrgebiet	399	357	344	360	356
Oberschlesien	254	250	246	245	241
Niederschlesien	255	248	248	250	249
Saargebiet	304	294	290	294	292
Wachener Revier	386	382	386	345	344
Galler Braunkohlenrevier	281	270	273	280	275
Linsrhlein. Braunkohlenrevier	298	298	284	296	291
Galler Salzbergbau	300	294	294	292	313
Clausthale Salzbergbau	294	303	294	311	324
Mansfelder Erzbergbau	268	269	264	277	279
Siegener Erzbergbau	321	286	286	286	289
Rassauer Erzbergbau	250	217	226	244	247
Niederschlein. Erzbergbau	268	230	240	248	245

Nur im Haller und Clausthale Salz- und im Mansfelder Erzbergbau haben danach die Vierteljahrsgehälter die Höhe vom IV. Vierteljahr 1907 überschritten, in allen anderen Revieren stehen sie noch dahinter zurück; im Ruhrrevier um 43 Mkt., in Oberschlesien um 13 Mkt., in Niederschlesien um 6 Mkt., im Saargebiet um 12 Mkt., im Wachener Revier um 22 Mkt., im Haller Braunkohlenrevier um 6 Mkt., im linksrheinischen Braunkohlenrevier um 7 Mkt., im Siegener Erzbergbau um 33 Mkt., im Mansauer Erzbergbau um 3 Mkt., im rechtsrheinischen Erzbergbau um 23 Mkt. Selbst gegen das IV. Vierteljahr 1910 ist zum Teil wieder ein Rückschlag eingetreten.

Sinnvoll kommt noch, daß sich inzwischen auch die gesamte Lebenshaltung weiter außerordentlich verteuert hat, wodurch das Lohnvermögen in seiner Kaufkraft in gleichem Maße gesunken ist. Wären die Löhne wirklich auf der alten Höhe vom IV. Vierteljahr 1907 stehen geblieben, so wären die Bergarbeiter heute doch bedeutend schlechter gestellt, weil sie infolge der weiteren außerordentlichen Verteuierung der Lebenshaltung für das gleiche Geld nicht mehr das gleiche Quantum Ware kaufen können; sie befinden sich daher augenblicklich in der drückendsten Notlage und unverhältnismäßig ist das ablehnende Verhalten der Grubenherren, allen, auch den bescheidensten Forderungen gegenüber.

Die gewaltigen Lohnverluste, welche die Bergarbeiter erlitten, rechtfertigen sich durch die wirtschaftliche Lage der Werke in keiner Weise. Auch während der Krise haben die Grubenherren sehr gute Geschäfte gemacht. Und besonders augenblicklich steigen die Gewinne wieder ganz erheblich. In Nr. 20 der „Bergarbeiter-Zeitung“ haben wir die Gewinne von 24 großen und kleinen Werken im 1. Vierteljahr 1911 und dem gleichen Vierteljahr 1910 zusammen- und gegenübergestellt. Die Gegenüberstellung ergab eine Steigerung der Gewinne von 14 027 599 Mark auf 16 401 608 Mkt. oder um 2 374 009 Mkt., das sind 16,9 Prozent. Die Grubenherren haben es eben meisterlich verstanden, die Folgen der Krise auf die Bergarbeiter und damit auf die Gesamttheit abzuwälzen.

Damit erledigt sich auch das mehr als fade Gerede von den unerträglichen sozialen Lasten, womit die Industrie angeblich belastet sein soll, welches schon seit Wochen in allen möglichen Variationen seinen Weg durch die werkfreundliche und schmerzhaften Presse nimmt. Die Unternehmer haben sich dafür an den Löhnen der Arbeiter mehr als schadlos gehalten.

Unverständlich ist bei alledem die Haltung der Werksherren, die jedes Entgegenkommen den Arbeitern gegenüber ablehnen. Allerdings wird es ihnen ja leicht gemacht. Eine 15prozentige Lohnreduzierung, wie sie die Ruhrbergarbeiter forderben, können die Bechen aus finanziellen Gründen nicht bewilligen, behaupten — nicht etwa die Werksherren, sondern die schwarz-gebildeten Zentrums- und Gewerkschaften. Und sie faulen Glauben bei ihrem bedauernden Anhang. Hoffentlich gehen den christlichen Kampfes die Augen auf, bevor es zu spät ist.

Giesberts über die Alles-oder Nichts-Politik.

Am 28. Mai hat Herr Abg. Giesberts in Essen eine lange Rede über seine parlamentarische Tätigkeit gehalten. Es verdient festgehalten zu werden, was Herr Giesberts, nach dem Bericht der „Essener Volkszeitung“ vom 30. Mai, über das Schicksal der Landfrankenassen ausführte. Er ist über die Schacher- und Machei hinter den Kulissen wohl unterrichtet, war er doch daran beteiligt und konnte deshalb aus genauer Kenntnis der heimlich geführten Berichterstattungsberatungen folgendes erzählen:

„Ein wichtiger Punkt ist die Einführung der Landfrankenassen. Die Regierung hat auf die landwirtschaftlichen Verhältnisse nicht einfach die Verhältnisse der Industrie übertragen, sondern für die Landfrankenassen eine besondere Form vorgeschrieben. Meine Herren, mir gefällt die Sache nicht. Inneren Parteifreunden wie auch unserer Partei wäre es viel lieber gewesen, wenn man die freie Verbandswahl eingeführt hätte. Aber, meine Herren, die Regierung und die konservative Partei bestanden darauf und erklärten, daß sie die Landfrankenassen nur Gesetz würden werden lassen, wenn die freie Wahl der Vorstände ausgeschlossen bliebe. Das ist ein sehr bedauerlicher Standpunkt, ein Standpunkt, der sich nicht vertreten läßt. Inwieweit dessen soll der Vorstand der Landfrankenassen, der genau wie alle Kronrentenbestände aus 2/3 Arbeiter und 1/3 Arbeitgeber besteht, durch den Kreisrat gewählt werden. Wie man dazu kommt, dieses Amtum zu verfeinern, weiß ich nicht.“

Natürlich weiß Herr Giesberts recht gut, warum das „Unikum“ „verförbert“ ist. Die Agrarier sollen die Herren, die Landarbeiter rechtlose Knechte bleiben, darum ist die Verwaltung der Landfrankenassen ein „Unikum“ geworden. Giesberts, Beder, Behrens und Genossen haben selber für dieses „Unikum“ gestimmt!

Von großer sozialpolitischer Bedeutung ist die Mitteilung Giesberts, die Regierung und die konservative Bundesgenossen des Zentrums hätten erklärt, wenn die Verwaltung der Landfrankenassen nicht als „Unikum“ „verförbert“ würde, dann könne aus dem Gesetz nichts werden. Entweder alles für die Erhaltung des Herrschafts, oder nichts für die soziale Verbesserung!

Draufhinein kann die auf die Entrechtung der Arbeiter gerichtete Alles-oder Nichts-Politik der Konservativen und Merkmalen nicht enthiilt werden als durch die Rede des Herrn Giesberts. Nur mit Hilfe des Zentrums, in dessen Reihen die Herren Giesberts, Beder, Schiffer, Wiedeberg und Schirmer wacker mit den konservativen Junkern stimmten, konnte das „Unikum“ der Arbeiterentrechtung „verförbert“ werden.

Wer also betreibt eine den Volksinteressen gefährliche Alles-oder Nichts-Politik? Nur diejenigen, welche das ganze Werk scheitern lassen wollten, wenn die Arbeiterentrechtung nicht Gesetz würde. Was scherte den Junkern und Junkergenossen die Kranken-, Unfall-, Invaliditäts-, Alters-, Witwen- und Waisenversicherung? Kollekblütig hätten sie alles zurückgemietet, wenn ihnen nicht die Entrechtung der Arbeiter bewilligt worden wäre. Das ist Alles-oder Nichts-Politik der gemeingefährlichsten Sorte. Derk es, Volk der Arbeit!

Zentrums- und Gewerkschaftsführer gegen die Gewerkschaftsmitglieder.

Als vor einem Jahrzehnt die Schaffung eines Kartellgesetzes für das deutsche Reich zur Erörterung stand, da begann die von Herrn Giesberts redigierte „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ in ihrer Nummer vom 24. Juli 1901 für Kartellgesetz Stimmung zu machen. Daraufhin brachte das Organ des „christlichen“ Metallarbeiterverbandes (Redakteur Verbandsvorsitzender Wieber) einen Artikel, der energisch Stellung gegen weitere Kartellgesetzungen nahm. Danach entstand eine erbitterte Press- und Veranlagungsfehde zwischen den Kartelltreuen Drust, Giesberts, Schiffer, Stegerwald einerseits und dem Kartellgegner Wieber und seinen Freunden andererseits.

Damals schrieb sogar das Organ des „christlichen“ Metallarbeiterverbandes an die Adresse von Drust, Giesberts, Schiffer, Stegerwald und Genossen: „Es gibt manchmal Arbeiter, die vergessen sehr schnell, daß es ihnen früher als Arbeiter vertrieben schlecht ergangen hat, leben sich aber sehr schnell in die besseren Verhältnisse ein und kommen dann zu der Ansicht, namentlich wenn sie sich nach Oben „den Himmel“ machen wollen, daß es dem Arbeiterhande viel besser ergab als den Gewerkschaftlern... Solche Elemente dürften wohl nicht die geeigneten Vertreter für die Arbeiter sein. Wieber gar keine Arbeitervertreter als solche, die nur als Werkzeug anderer dienen. Dieses sind nur Arbeiter dem Namen nach.“

Wer denkt beim Lesen dieser Sätze nicht an das unerhörliche Auftreten der „christlich-nationalen Arbeitervertreter“ im Parlament! Wie haben sich der frühere Wärmeregeßler Behrens, der ehemalige Metallarbeiter Beder, der einstmalige Metallarbeiter Giesberts, der gewogene Verklarbeiter Schiffer, der einflussreiche Wärmeregeßler Wiedeberg bei der „Finanzreform“ und der Verhinderung der Reichsversicherungsordnung benommen? Zum Entzücken des Erzschwarzmachers v. Camp und des Junkerführers Grafen Westarp. Als Werkzeug anderer, nicht als Arbeitervertreter; genau so wie ihnen ihr Kollege Wieber vor zehn Jahren in der Kartelldebatte öffentlich vorhielt.

Im preussischen Landtag sissen, nun wieder in verböthlicher Liebe herzlich zueinander, die Zentrums- und Gewerkschaftsführer Drust und Schiffer. Doch auch auf diese beiden das Wort Wiebers: „Wieber gar keine Arbeitervertreter als solche“ zutrifft, mag man aus folgendem ersehen:

Gelegentlich der Debatte über die Lage des staatlichen Bergbaus haben die Merkmalen Herren Arbeitervertreter ein paar respektable Proben ihrer Gesinnung abgelegt. Der zur Prüfung der Lage der Staatsbergwerke eingesetzte Ausschuss nahm sich vor, den Staatsbetrieb nach Kräften zu diskreditieren, um so Zustimmung zu machen gegen die den Privatunternehmern unbenzene, weil ihre Monopolstellung bedrohende Ausdehnung der Staatsbetriebe. Zur Erreichung dieses Zweckes hätte man keinen geeigneteren Auszubeharfenatter als den bekannten nationalliberalen Schachmacher und Syndikus der vällig von den Großindustriellen beherrschten Essener Handelskammer, den Abg. Sirich, wählen können.

Weidlich lebt der Bericht den Staatsbetrieb herab, stellt seiner Zeitgenossen, denen Beamten und Arbeitern ein sehr ungünstiges Zeugnis aus. Die Beamten und Arbeiter der staatlichen Saargruben kommen in dem Bericht des Herrn Dr. Sirich so schlecht weg, daß die Vertretung der Verwaltung sich genötigt sah, in wiederholten nachdrücklichen Bemerkungen zum Bericht die Beamten und Arbeiter gegen den Vorwurf der Unfähigkeit, Arbeitsmangel und Disziplinlosigkeit in Schutz zu nehmen! Der sozialdemokratische Abgeordnete Leinert stellte dazu in seiner Rede vom 22. Mai fest, daß die Herren Abgeordneten Drust und Zumbusch, beide frühere Bergleute und hervorragende Mitglieder des Zentrums- und Gewerkschaftsverbands, sich als Mitglieder der Budgetkommission nur saufen oder gar nicht der beauftragten Beamten und Arbeiter angenommen haben! Darauf antwortete Ansbich natürlich mit seinen jammern bekannten unwahrhaftigen Abfertigungen.

Zu der Debatte sprach auch der nationalliberale Sittenheißer Abg. Röschling, selbstredend im Sinne der Privatunternehmer. Er befürwortete die „Entstaatlichung“ der staatlichen Steiger, d. h. für diese Unternehmern solle ein Vertragsverhältnis gleich dem auf den Privatwerken eingeführt werden. Dagegen hatten die Beamten an der Saar lebhaft protestiert und Herr Drust vertrat die Protestler in seiner Rede vom 21. Mai. Das veranlaßte Herrn Röschling, folgendes Doppelspiel festzusetzen. Er erklärte laut Stenogramm:

„Der Abgeordnete Drust hat mit dem ihm so schön ansehenden Pathos hier auseinandergesetzt, daß seine politischen Freunde es nicht billigen könnten, wenn die Staatsregierung dazu übergehen würde, in Zukunft die mittleren Beamten im Saarrevier im Vertragsverhältnis anzustellen. Ich glaube, meinen Ohren nicht zu trauen, als ich das höre; habe ich doch als Zuhörer in der Budgetkommission eine Ausführung gerade des Herrn Abgeordneten Drust gehört, worin dieser Herr sich als ein begeisteter Anhänger des Vertragsverhältnisses erklärte und sich dabei auf die guten Erfahrungen bezog, die man in seiner westfälischen Heimat damit gemacht habe. Ich freie Herrn Abgeordneten Drust wohl nicht zu nahe, wenn ich von seinem vollkommenen Unfah für diese Sache spreche.“

Herr Röschling konstatierte hierauf, daß die zweideutige Stellung des Herrn Drust nur beeinflusst sei von parteipolitischen Motiven! Um seiner Partei Anhang unter den Grubenbeamten zu verschaffen, habe Herr Drust öffentlich anderes geredet als in der Kommission!

Er hat sich deshalb hier im Lichte der Deffentlichkeit für die Verbeibaltung des staatlichen Charakters des Steigerhandes erwärmt, während er vorher im behaglichen Salbdunkel der Kommission die entgegengesetzte Stellung eingenommen hat. Das ist ein so kleiner, politischer Trick, wie sie das Zentrum zuweilen liebt. Ich hoffe aber, daß der Hinweis auf die Verhandlungen der Budgetkommission den Wert der neuen Freundschaft des Herrn Abgeordneten Drust und seiner Gesinnungsgegnern genügend klar macht.“

Herr Imbusch, der bald nach Mächling zu Wort kam, sagte nicht, die Befragung des vermessenen Doppelhals zu betreffen, obgleich ihm dazu ausgiebige Zeit zu Gebote stand. Er benutzte sie, um den Abgeordneten Zeinert anzuhöheln. Auch Herr Brust unterließ es wohlweislich, in seiner „persönlichen Bemerkung“ Mächling der Lüge zu zeihen.

Waren somit die Herren Arbeitervertreter auf einem Doppelhals gegen die unteren Grubenbeamten erpapt, so kam auch noch heraus, daß Brust und Imbusch direkt gegen die Forderungen der Gewerkevereinsmitglieder handelten. Der erwähnte Landtagsauschluß schlug eine Resolution vor, die der Verwaltung der Staatsgruben den Anschluß an das rheinisch-westfälische Kohlen-Syndikat empfiehlt. Diese Stellungnahme entspricht zwar den Wünschen der Syndikatsherren, aber die Arbeiter sind anderer Meinung. Der „Bergknappe“ vom 8. Juni bringt nämlich folgenden Bericht:

Die Stellung der Kameraden an der Saar zum Anschluß der Saar-Kohlenproduktion an das rheinisch-westfälische Kohlen-Syndikat. Am Sonntag, 31. Mai, fanden im Saarkreisler Bergarbeiterverein unserer Gewerkevereinsmitglieder. Der Delegiertenbesuch war ein außerordentlich hoher. Vertreten waren 248 Mann mit 1008 Vorstandsbefugnissen. Die Konferenzen beschäftigten sich u. a. auch mit der Lage im rheinischen Bergbau, insbesondere soweit die Interessen der Arbeiter durch die im preußischen Landtag von der Unterkommision gemachten Vorschläge betroffen werden können. Die in der Sitzung beschlossene Resolution vom 18. d. M. gestellten bekannten Anträge, die dem Landtag bereits übermittelt wurden, fanden einstimmige Zustimmung. Außerdem nahmen die Konferenzen auch Stellung zur Syndikatsfrage. Diesbezüglich wurde beschlossen, daß preussische Abgeordnetenhaus zu bitten, dafür einzutreten, daß dem Syndikat nach Anschluß der Saar-Kohlenproduktion an das Kohlen-Syndikat nicht entgegenstehe. Die Delegierten erklären in einem solchen Anschluß eine große Gefahr für die Selbstständigkeit der Bergverwaltung in der Produktionsregelung und befürchten, daß infolge dessen diese Selbstständigkeit völlig verloren würde, weil den Syndikatseigenen eine Anpassungsmöglichkeit an die jeweiligen Konjunktur fehlt und eine Anpassung an die jeweiligen Arbeitsverhältnisse ohne eine schwere Schädigung für die stärkste Arbeiterkategorie der Saargruben nicht zu ermöglichen ist.

Was für die Saargruben gilt, trifft auch auf die westfälischen Staatsgruben zu. Daffur bringt die vom „Bergknappen“ oft als Autorität zitierte „Rheinische Volkszeitung“ — man denke nur an die vorjährigen Lohnbewegungsnotizen des Centrumsgewerkevereinsblattes — bald täglich sehr instruktive Beweismaterialien bei.

Aus dem Landtagsbericht geht nun hervor, daß die Herren Abgeordneten Brust und Imbusch der Resolution zu zustimmen haben, die den Staatsgruben den Anschluß an das Kohlen-Syndikat empfiehlt! Das ist denn auch von der Werkzeitschrift dankbar anerkannt worden.

Schließlich lag dem Landtage eine von einem am 19. Mai in Duderfeld (Saar) stattgefundenen Versammlung christlich organisierter Bergleute angenommene Resolution vor, in welcher das Abgeordnetenhaus „dringend“ gebeten wird, der Bergverwaltung zur Pflicht zu machen:

1. die Löhne auf den Saargruben so zu regeln, daß der Durchschnittslohn der unterirdisch beschäftigten eigentlichen Bergarbeiter möglichst noch im Laufe dieses Jahres auf 5 Mk. pro Schicht gebracht wird und sich in Zukunft für sämtliche Arbeiter den berechtigten Ansprüchen an eine auskömmliche Lebenshaltung und einen zeitlichen wirtschaftlichen Fortschritt anpaßt; 2. für jede selbständige Grubenanlage eine paritätisch zusammengesetzte Kommission einzurufen, die bei Richtungsänderungen des Ganges nach erfolgter Befähigung der Arbeitsstelle die Höhe des Ganges bestimmen kann und bei Befähigungsänderungen den Durchschnittslohn der betreffenden Arbeiterkategorie der Grube bis zur Einigung über das Gedinge zu zahlen; 3. den Kräftigen Bergverfallsstellen und den Verfallsstellen das Eingehen über Aufsichtsdiensten von Vereinbarungen aller Art, welche die Freizügigkeit der Arbeiter bedrohen, zu verbieten und auf den staatlichen Gruben eine größere Freizügigkeit der Belegschaftsmitglieder zuzulassen, sowie die Arbeitsvermittlung einem paritätisch zusammengesetzten Arbeitsvermittlungsausschuss zu übertragen.

Der Berichterstatter Abg. Schirch beantragte, diese Petition als „erledigt“ (!) zu betrachten. Herr Abg. Imbusch schlug vor, sie der Regierung „als Material“ zu überweisen. Der Abgeordnete Zeinert beantragte dagegen namens der Sozialdemokraten, diese Petition der Saarbergleute doch besser zu würdigen, sie deshalb der Regierung „zur Berücksichtigung“ zu überweisen. Der Antrag Zeinert entsprach den Wünschen der Saarbergleute am besten. Bei der Abstimmung geschah folgendes: Die Herren Imbusch, Brust und Gessmann stimmten gegen die Berücksichtigung der von ihren eigenen Gewerkevereinsmitgliedern eingereichten Petition!!

Besser gar keine Arbeitervertretung als solche“ schrieb mit Recht Herr Weber. Würde die vom 9. bis 12. Juli stattfindende Generalversammlung des Centrumsgewerkevereins der Bergleute aus ohne Einschränkung von den Gewerkevereinsmitgliedern frei gewählten Delegierten zusammengesetzt, wir sind sicher, die Herren Generalsekretäre und Abgeordneten würden ein erdrückendes Mißtrauensvotum wegen ihrer Mißachtung der Arbeiterforderungen erhalten. Herr Generalsekretär Vogel sang belehrt uns in seinem Nuchlein über die Verfassung des Centrumsgewerkevereins der Bergleute, daß die Generalversammlung delegierten nicht von den Mitglie d e r n , sondern von den Ortsverwaltungen gewählt werden! Die Ortsverwaltungen aber können ohne Bestätigung durch den Zentralvorstand nicht amtieren!

Auf diese Weise ist für eine dem Zentralvorstand treue, gebundene Delegiertenliste gesorgt, die auf Wunsch den Generalsekretären und ihrer Verwandtschaft jedes „Vertrauensvotum einstimmig“ bewilligt.

Mehr Bergarbeiterchutz!

In der „Bergarbeiter-Zeitung“ haben wir wiederholt auf einige in neuerer Zeit in den Gruben zur Einführung gelangte Arbeitsmethoden und Hilfsmaschinen hingewiesen, welche die Gesundheit und das Leben der damit arbeitenden Bergarbeiter in hohem Maße angreifen und gefährden. Zu diesen gesundheitsgefährdenden Hilfsmaschinen sind in erster Linie die Bohrhammer zu rechnen, die in immer größerem Maße bei Steinarbeiten in Anwendung kommen. Vor etwa Jahresfrist wurde in der Vorstandssitzung des Allgemeinen Knappschaffsvereins Bochum seitens der Vereinsverwaltung lebhaft Klage geführt über die zunehmende Zahl der krankfezierenden Knappschaffsmitglieder und der damit verbundenen höheren Ausgaben für Krankenpflege. Die Knappschaffsverwaltung führte diese Schäden auf eine mangelhafte Kontrolle der Krankfezierenden durch die Vertreter zurück. Der Vorstandskassier, Kamerad Jungeschüt (Göng), wies in jener Sitzung darauf hin, daß an der gefügigen Krankeinspizier verschiedene neuere Betriebsmethoden und ganz besonders die Bohrhammer schuld seien. Er schärfte eingehend die Wirkungen dieser Bohrhammer auf die damit arbeitenden Bergleute und ersuchte die Vertretter dahin zu wirken, daß diese menschenverderlichen Instrumente entweder ganz beseitigt oder so verfallen werden würden, daß ihre auf die Gesundheit der Bergarbeiter schädliche Wirkung aufgehoben würde. Damals erwiderte jedoch Herr Generaldirektor Lütjens von Zeche Dahlbusch höhnisch, es sei am besten, den Bergarbeiter in Würde das Arbeiten überhaupt verboten! Wie

berechtigt die Forderung des Kameraden Jungeschüt war und noch ist, dafür liefert die Knappschaffsverwaltung selbst einen vollständigen Beweis.

Der Knappschaffs-Spezialarzt für Nasen-, Ohren- und Halsleiden, Herr Sanitätsrat Dr. Busch in Bochum, hat bei der Knappschaffsverwaltung angeregt, ein Knappschaffs-Inhalatorium zu errichten. Das ist eine Vorrichtung zum Einatmen komprimierter, stark sauerstoffhaltiger Luft oder in denen der einzuatmendenden Luft gewisse Heilmittel in feiner flüssiger Form beigegeben werden. Diese Heilmethode wird besonders bei Emphysematikern, an Asthma oder an sonstigen Krankheiten der Atmungsorgane Leidenden angewandt. Das Lungenemphysem (Lungenvergrößerung) entsteht durch Verengung der Lungen oder Aufzweigen und durch schwere Arbeit. Daher werden Gesteinshauer, die mit Bohrhammern arbeiten, ganz besonders von dieser Krankheit befallen. Der von den Bohrhammern in großen Mengen erzeugte Staub wird eingeatmet und verlegt die Lungen und Aufzweigen der mit Bohrhammern arbeitenden Bergarbeiter. Die Folge davon ist dann die gefährliche Krankheitsentwicklung.

Der Knappschaffs-Oberarzt, Herr Dr. Lindemann in Bochum, steht der Errichtung eines Inhalatoriums etwas skeptisch gegenüber; er vertritt die Ansicht, daß die Ursache der Erkrankung in Bezug auf Verminderung von Krankheitsfällen und Invalidität infolge von Emphysem, Asthma usw., „denn das Emphysem sei wesentlich eine Folge schwerer Arbeit und würde durch den Gebrauch des Inhalatoriums in seiner Entwicklung nicht wesentlich beeinflusst werden“, sagt Herr Dr. Lindemann in seinem Gutachten.

In den Streit darüber, ob Inhalationen mehr oder weniger die Entwicklung von Erkrankungen der Atmungsorgane beeinflussen, wollen wir uns nicht einmischen, das mögen die Fachgelehrten unter sich entscheiden. Wir stehen übrigens auf dem Standpunkt, daß Krankheiten verhüten besser ist als sie zu heilen. Darum interessiert uns in erster Linie: welchen Umfang haben die durch die modernen Betriebsmethoden hervorgerufenen Krankheiten der Atmungsorgane, und zweitens: was muß geschehen, um diese Erkrankungen auf das denkbar möglichst geringe Maß zurückzuführen?

Ueber den Grad der Erkrankungen der Atmungsorgane sowie die dadurch entstandenen Ausgaben in den Jahren 1907, 1908 und 1909 macht die Knappschaffsverwaltung folgende Angaben:

	1907	1908	1909
a) Erkrankungen	18 515	18 760	22 940
b) Krankengeld	879 747 Mf.	884 998 Mf.	1 296 218 Mf.
c) Arznei	121 364 „	123 827 „	182 925 „

Die Zahl der Erkrankungen hat sich also vom Jahre 1907 bis 1909 um ziemlich 19,8 Prozent vermehrt und hat auch bestimmt im Jahre 1910 eine weitere Steigerung erfahren. Die Ausgaben für Krankengeld haben sich um 32 Prozent und die für Arznei um bald 34 Prozent gesteigert.

Die Zahl der Invalidisierungen wegen Lungenemphysem, Asthma und sonstigen Krankheiten der Atmungsorgane bezifferte sich wie folgt: 1907: 570, 1908: 501, 1909: 741. Die Zahl der wegen Erkrankung der Atmungsorgane eingetretenen Invalidisierungen hat sich vom Jahre 1907 bis zum Jahre 1909 um rund 23 Prozent gesteigert. Für diese Invaliden wurden an Arzneikosten verausgabt 1907: 28 770 Mf., 1908: 26 000 Mf., 1909: 39 000 Mf. Diese Arzneikosten haben also vom Jahre 1907 bis zum Jahre 1909 eine Steigerung von über 26 Prozent erfahren.

An Heilverfahren wurden im Jahre 1909 abgeschlossen: 1. wegen Lungen-Tuberkulose 508 Personen mit einem Kostenbetrage von 297 258 Mf.; 2. wegen Lungenemphysem, Asthma usw. 434 Personen mit einem Kostenbetrage von 104 188 Mf. Die Gesamtkosten für die an Erkrankungen der Atmungsorgane leidenden Knappschaffsmitglieder betragen in dem einem Jahre 1909 die Summe von 1 342 509 Mf.!

Diese Zahlen reden eine eindringliche Sprache, sie führen uns lebhaft vor Augen, in welcher Weise die heutigen Arbeitsmethoden im Bergbau Arbeitergesundheit und Arbeiterleben geradezu fressen. Ob sie aber auf die Bergbehörden und die Regierung den nötigen Eindruck erwecken werden, dürfen wir nach den bisher gemachten Erfahrungen nicht hoffen.

Ueber in den vorstehend angeführten Zahlen kommt nur die Wirkung der gesundheitsschädlichen Betriebsmethoden und Arbeitsmittel in Bezug auf die Erkrankungen der Atmungsorgane zum Vordein, die sonstigen schädlichen Einflüsse der Bohrhammer auf die Nerven der Arbeiter bleiben außer Betracht und in dieser Beziehung ist die Wirkung der Bohrhammer nicht geringer als ihre schädliche Wirkung in Bezug auf die Atmungsorgane.

Die Kosten für die Errichtung eines Inhalatoriums sollen nach dem Vorschlage einer Firma 135 000 Mark ohne die Kosten für den Bauplatz und nach dem Vorschlage einer anderen Firma 60 000 Mf. inklusive der Kosten für den Bauplatz betragen. So wird es gemacht: Erst werden die Arbeiter durch mörderisch wirkende Arbeitsmittel krank gemacht und dann werden mit ihren Großden Anstalten geschaffen, um sie wieder zu heilen. Und an eine völlige Heilung der von der Krankheit betroffenen Bergarbeiter ist doch nicht zu denken, schon weil ihnen die Vorbedingungen zu einer entsprechenden Lebensweise fehlen. Die Behandlung des Emphysem erfordert vor allem Ruhe, Vermeidung körperlicher Anstrengung, Atmen einer reinen und milden Luft und ganz besonders Vermeidung von Rauch und Staub. Die Erkrankten mühten sich also nach einem Luftkurort mit mildem Klima begeben. Dazu fehlen ihnen die Mittel, und darum ist auch an eine Heilung der einmal von der Krankheit Befallenen nicht zu denken. Sie müssen sich damit abfinden, früh invalid zu werden und zu warten, bis sie ein früherer Tod von ihrem qualvollen Leiden erläßt.

Wichtiger als die Errichtung eines Inhalatoriums ist geeignete gesetzliche Maßnahmen zu treffen, um die Bergarbeiter vor den in Frage stehenden Gefahren zu schützen. Das wird aber erst in ausreichendem Maße geschehen, wenn sich die Bergarbeiter selbst schützen, das ist aber nur möglich durch eine starke Organisation.

Zur Reform der Berginspektion.

Kadobod.

Das wegen der Kadobokatastrophe vom 12. November 1908 vom Landgericht Münster gegen 41 Personen, Betriebsführer, Steiger, Meißel- und Schießmeister eingeleitete Verfahren wegen fahrlässiger Tötung, ist eingestellt worden. Das überrascht uns nach Lage der ganzen Verhältnisse nicht.

Aus dem Inhalt des Beschlusses, durch den das Verfahren eingestellt worden, ist zu ersehen, daß die Sache nicht einmal zur öffentlichen Verhandlung kam, und daß das Landgericht Münster auf Antrag des Staatsanwalts gestrichelt hat, wird in der „Dortmunder Zeitung“ folgendes wiedergegeben:

„Die Staatsanwaltschaft und das Landgericht haben die Frage, ob die Angeklagten ein Verschulden an dem Tode der verunglückten Bergleute treffen, verneint. Ein früherer Abschluß der Untersuchung war nicht möglich, weil die Aufrehabigungsarbeiten der zu Bruch gegangenen Strecke ungewöhnlich lange Zeit beansprucht hatten. Der Beschluß nimmt an, daß es sich in der verhängnisvollen Nacht um eine reine Schlagwetterexplosion gehandelt habe. Diese Explosion sei auf der weiträumigen Kohlenflöz des Flözes 3 der zweiten Zeile entstanden und habe sich dort über den größten Teil des Grubenfeldes verbreitet. Dadurch die Schlagwetterexplosion

entstanden, sei unaufgeklärt geblieben. Der Beschluß geht dann zur Prüfung der Frage über, ob mangelhafte Einrichtungen der Bergwerke die Ursache der Explosion oder der großen Ausdehnung derselben gewesen sei. Es wird die Einrichtung der Wetterführung in der Strecke einer Prüfung unterzogen. Der Verfasser des Beschlusses gelangt zu dem Ergebnisse, daß die Wetterführung auf Kadobod als gut bezeichnet werden müsse. Sie übertraf, heißt es wörtlich im Beschluß, die Wettereinrichtungen der meisten Gruben im Oberbergamtsbezirk an Leistungsfähigkeit und zum Teil auch im Erfolge, namentlich bezüglich der Entfernung der Schlagwetter in den Betrieben beim Verbrennung des Schlagwettergasen der einzelnen Wetterabteilungskörnung unter 1 Prozent Schlagwettergehalt. Es wird auch die Frage verneint, ob das Vorkommen von Kohlenstaub für den Umfang der Explosion eine irgendwie erhebliche Rolle gespielt habe. Es wird ferner die ebenfalls in Frage verneint, ob in dieser Hinsicht ein ursächlicher Zusammenhang zwischen Pflichterfüllung und dem Tode der Verunglückten nachweisbar sei. Bezüglich der Wasserleitung und der Verriegelung stellt der Beschluß fest, daß die Anlagen zweckentsprechend und die Anweisungen einwandfrei gewesen sind, daß aber am 9. November durch Zufrieden der Wasserleitung eine Störung eingetreten sei, die aber innerhalb weniger Stunden beseitigt worden wäre. Der Beschluß führt aus, daß nach dem Ergebnisse der Beweisaufnahme das Meißelwasser mehrfach gefeilt habe, daß aber, wie dies bei näherer Betrachtung wird, Störungen in den Leitungen sich nicht ganz vermeiden ließen. Einlich bezeichnet der Beschluß auch den Abbaubetrieb als verordnungsmäßig.“

Die angeführten Gründe haben wir schon gehört durch Bergmeister Hollender in seinem Sachverständigen Gutachten im Kadobod-Prozesse. Auch dieser sagte, es handelte sich keines Erdrückens um eine reine Schlagwetterexplosion. Den Einwand, daß eine reine Schlagwetterexplosion sich unmöglich auf das ganze Grubengebäude ausdehnen und solche entsetzlichen Wirkungen haben könne, sucht Bergmeister Hollender mit dem Hinweis zu entkräften, daß Kadobod eine neue Grube gewesen sei, wo die Abbaubetriebe naturgemäß sehr nahe zusammen gewesen wären. Würde die Grube älter gewesen, wäre das Grubengebäude viel ausgebreiteter gewesen und die Explosion hätte die furchtbare Wirkung nicht haben können.

Das klingt sehr plausibel, doch überzeugt es uns nicht. Für uns ist entscheidend, was die Verhandlungen im Kadobodprozeß gegen die „Bergarbeiter-Zeitung“ ergeben haben. Dort haben zahlreiche als Zeugen vernommene Arbeiter behauptet, daß auf Kadobod die Wetterführung durchaus unzureichend und die Kohlenstaubentzündung eine sehr starke war; ferner, daß viele Hohlräume mit Schlagwetter vorhanden waren. Selbst Herr Bergmeister Hollender sagte: „Auf Kadobod war es überall gefährlich!“

Weiter wurde festgestellt, daß die Wetterkontrolle außerordentlich fahrlässig gehandhabt wurde. „Auf Kadobod war es überall gefährlich“, mußte selbst der verantwortliche Bergwerksbeamte zugehen. In den Wetterbüchern aber stand stets nur verzeichnet: „Alles rein!“ Und Bergmeister Hollender hat diese Eintragungen nicht gefunden, obwohl ihm nach seiner eigenen Aussage bekannt war: „Auf Kadobod war es überall gefährlich!“ Hierüber sagte der Verteidiger Heine im Kadobodprozeß:

„Herr Hollender hat uns gesagt, daß diese Mißleitungsangabe in das Buch unkorrekt und „formal“ ein Verstoß war. Er mühte sich über alles Schlagwetter zu setzen. Ich meine, Herr Hollender hätte das Wetterbuch deshalb besonders genau prüfen müssen in einer Grube, die er selbst als „Schlagwetterloch“ bezeichnet. Wenn er das getan hätte, hätte ihm doch auffallen müssen, daß das Buch rein schematisch alle Tage hintereinander die Bemerkung enthält: „Alles rein!“ Alles rein! Das niemals, auch nicht ein einziges Mal eine Eintragung gemacht ist, da und dort haben wir Schlagwetter gefunden und dies und das ist getan, um sie zu beseitigen. Wenn ein Schüler von einem Schüler Woche für Woche eine Aufgabe bekommt und es ist nie ein Fehler darin, dann wird der Lehrer sagen: das ist ein Schwindel, und genau so hätte sich Herr Hollender gegenüber der Grube sagen müssen: es ist unmöglich, daß in einer Grube, erst recht in dieser, alle Tage alles rein ist. Weil Herr Hollender sich das nicht gesagt hat, hat er die Punkte nicht gefunden.“

Die Ursachen der Kadobokatastrophe hat unser als Sachverständiger im Kadobodprozeß vernommener Kamerad Heinrich Gansmann an treffend festgelegt. In seinem Gutachten sagte er u. a.:

„Eine Explosion wie die auf Kadobod muß ihre Ursachen haben. Auf Grund der Verhandlungen und Beweisaufnahme habe ich diese Ursachen zusammengefaßt in „Mißstände“ und „nicht geübte Kontrolle“. Die Mißstände sind ja nun hier folgende: Vorkommen, d. h. Vorkommen, Entwicklung von Kohlenstaub, Kohlenstaub und Wetteranreicherungen. Ich muß sagen, daß sich diese Mißstände zur Gewohnheit angewachsen haben. Herr Bergdirektor Andree sagte gestern selbst: „Wenn ich die Arbeit befehlen habe, dann habe ich wohl mal Staub gesehen, aber das ist über schlechte Wasserzuführung oder zu wenig Wasser und mir niemals vorgekommen.“ Das beweist nach meiner Ansicht, und das ist aus den Verhandlungen hervorgegangen, daß die Leute an die Mißstände gewöhnt waren. Die Unpünktlichkeit in der Zustellung des Wassers und in vielen Fällen, daß zu wenig Wasser war, kam so oft vor, daß die Leute gar kein Gewicht mehr darauf legten. Es war ihnen zur Gewohnheit geworden. Sie waren immer darauf bedacht, Kohle zu fördern, dabei dachten sie nicht mehr, daß auch gerichtet werden mußte, und deshalb haben sich meiner Ansicht nach die Leute nicht mehr besorgt. Man kennt das aber aus der Praxis, daß Mißstände, die lange bestanden haben, zur Gewohnheit werden und man sich nicht mehr an sie achtet.“

Gansmann ist 30 Jahre Bergmann gewesen und kennt die Praxis. Und er hat den Nagel auf den Kopf getroffen. Man war zu sehr nur darauf bedacht, Kohlen zu fördern, da vergaß man alles andere. Mißstände wurden auf Kadobod erzielt. Das sagt auch der Sachverständige, Steiger Werner, Vorsitzender des Steigerverbandes:

„Die Förderung auf Kadobod ist in außerordentlich kurzer Zeit geiegen. Es ist eine wahre Rekordleistung beim Abbaue in geschaffenen worden, die, soviel ich weiß, in Deutschland bis dahin noch nicht erzielt worden war. Der Schacht ist außerordentlich schnell heruntergegangen, ebenso wurde versucht, eine Rekordleistung bei der Kohlenförderung zu erzielen. Und die Betriebspunkte wurden außerordentlich stark belegt.“

Auch der Sachverständige Steiger Mantel, Redakteur des „Technischen Grubenbeamten“, nahm fahrlässigkeit an und sagte zu der Frage, ob es sich um eine reine Schlagwetterexplosion handelte:

„Wenn ich nun ein Gutachten abgeben soll, ob es eine reine Schlagwetterexplosion war oder ob auch Staub mitgewirkt hat, so möchte ich nach dem, was Herr Hollender hier gesagt hat, doch annehmen, daß auch etwas Staub mitgewirkt hat. Denn Herr Hollender sagte, er hätte kein gefunden. Bei einer reinen Schlagwetterexplosion bildet sich kein Staub, und eine reine Schlagwetterexplosion kann auch, wenn das Gebirge nicht besonders dicht oder nicht fest verbaut ist, nicht solche Verheerungen anrichten wie auf Kadobod. Reine Schlagwetterexplosionen beschränken sich auf ihren Herd und ihre nächste Umgebung. 1908, als es noch keinen Fall Kadobod in der Geschichte des deutschen Bergbaues gab, schrieb Stegmann, daß alle Grubenkatastrophen auf Mitwirkung von Kohlenstaub zurückzuführen sind. Diese Mitwirkung besteht meistens Erdrückens darin, daß bei kleinen Schlagwetterexplosionen der Kohlenstaub mit zur Entzündung gelangt, es entzündet sich und Brand- Zimmerungen beginnen zu brennen, und wenn sich hier und da noch kleinere Schlagwettermengen angefangen, dann kommen auch diese zur Explosion, und so verbreitet sich die Explosion weiter. Die furchtbare Wirkung der Kadobokatastrophe ist u. a. größtenteils darauf zurückzuführen, daß das Grubengebäude verhältnismäßig so klein ist und die Explosion sich nicht ausbreiten konnte. Das Grubengebäude ist ca. 950 Meter und hatte 550 Meter Querschnitt.“

Trotz des sehr kleinen Grubengebäudes hatte Kadobod über 1700 Mann Belegschaft, davon waren etwa 380 Mann auf der Nachtflöz, wo das Unglück passierte, dem 350 Mann zum Opfer fielen.

Bezüglich der Schlagwetteranreicherungen jagte der Sachverständige Gansmann an:

„Es ist durch die Beweisaufnahme erwiesen, daß Schlagwetteranreicherungen stattgefunden haben, so zum Beispiel in dem Aufbruch von Thomas, wo täglich Schlagwetter hinter der Luft vorhanden waren. Daß das eine sehr gefährliche Arbeit war, wird jedem eingeleuchtet haben. Ich will aber nicht auf andere Partien eingehen, wo ebenfalls Schlagwetter gefangen wurden. Ich will dem Hauptpunkte zuwenden, dem runden Schacht. Der Schacht hat einen runden Schacht mit 100 Meter hoch gewesen. Er soll 6 bis 7 Meter breit gewesen sein. Er hatte in der Durchschnitt 1 1/2 Meter Höhe. Wenn der Reberbau vollständig voll Schlagwetter bis unten stand, das waren über 1000 Kubikmeter Schlagwetter. Es ist zu wissen, daß mehrere Monate lang dieser Reberbau nicht durch einen

Teilen der Beschlüsse, sondern nur durch einen laien Verschluss abgepferrt werden...

Das sind Urteile von unparteiischen Sachverständigen auf Grund des Ergebnisses der Beweisaufnahme...

Das ist die Verurteilung in seiner Verteidigungsrede, die sich auf das ganze Erbenverhältnis ausdehnen...

Und am Schluß seiner mehr als dreißündigen Verteidigungsrede, worin er mit dem System, welches die Adhäsionsverfahren zur Folge hatte...

Ja, das Urteil über Adhäsion ist gesprochen — nicht von Juristen, sondern von den einig dazu berufenen, den denkenden Bergarbeitern...

Soziale Rechtsprechung und Arbeiter-Versicherung.

Die Verschlechterung des Rentenstreitverfahrens

ist einer der schlimmsten Nachteile in der Reichsversicherungsordnung. Wohl sind materielle Aufbesserungen vorgesehen...

Table with 6 columns: Jahr, überhaupt, Fälle, Prozent, Fälle, Prozent. Shows data from 1886 to 1910.

Während also 1886 von je 100 Streitfällen 41,7 Prozent zugunsten des Beschlusses oder der Hinterbliebenen ausgingen...

Table with 6 columns: im Jahr, auf Rechnung der Beschl. oder Hinterbl., auf Rechnung der Beschl. oder Hinterbl., Prozent, Prozent. Shows data from 1880 to 1910.

Ueber die Refurse der verurteilten Arbeiter sind in steigendem Maße ungünstige Urteile gefällt worden...

So sieht es heute schon mit dem Ausgang des Rentenstreitverfahrens. In der Reichsversicherungsordnung ist der Nachweg für die Verurteilten noch verschlechtert worden...

Aus unseren Rechtschuhbureaus.

Galbes oder ganzes Krankengeld. So mancher wird die Sache kaum einer Erörterung für wert gehalten. Es liegt ja auch so einfach, daß der arbeitsunfähige Erkrankte beim Feiern im Hause das ganze Krankengeld...

Der Bergmann L. zu Bortrop feierte wegen einer im Dezember 1910 erlittenen Verletzung bis 18. Januar 1911 krank. Während dieser Krankheitszeit erhielt L. von der Knappschaftsversicherung...

Wir sehen also eine Ausnahme, wo das ganze Krankengeld, trotz Aufenthalt im Krankenhaus, zu zahlen ist.

Was ist pfandfreier Lohn?

Nur kurzem veröffentlichte die Tagespresse und auch unsere Zeitung eine Notiz, nach welcher das Oberlandesgericht Hamm in Bezug auf die Zahlung des Arbeitslohnes eine von der bisherigen Praxis abweichende Entscheidung getroffen hat.

Das Oberlandesgericht Hamm hat nämlich entschieden, daß nicht 125 Mk. monatl. Brutto-, sondern 125 Mk. monatl. Netto Lohn zu gelten hat...

Damit unsere Rechtschuhbureaus und Kameraden sich vorkommenfalls auf diese Entscheidung berufen können, wollen wir bekannt geben...

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Zehn außerhalb des Kohlenyndikats. Im Jahre 1908, in welchem das Kohlenyndikat erneuert wurde, wurden außerhalb desselben erst 852 203 Tonnen Steinkohlen gefördert...

Table with 4 columns: Zechen, 1900, 1908, 1910. Lists various coal mines and their production in tons.

Förderung im Oberbergamtsbezirk Dortmund und zuzüglich Rheinpreußen 85 034 086 85 080 613 80 313 611

Zeit fördern außerhalb des Syndikats 24, zum Teil allerdings recht unbedeutende Zechen. Ihre Förderung machte im Jahre 1910 aber schon 6,10 Prozent der riesigen Erzeugung des Oberbergamtsbezirks Dortmund aus...

Ueber die Entwicklung der Hüttenzechen

im Oberbergamtsbezirk Dortmund, die bekanntlich den reinen Zechen schwere Sorgen macht und das Zustandekommen des neuen Kohlenyndikatsvertrags sehr erschwert...

Table with 4 columns: Zechen, 1904, 1910, 1910 gegen 1904. Shows production and percentage changes for A. Kohlen and B. Roß.

Die genannte Zechenverwaltung führt weiter aus: „Infolge dieser bedeutenden Verschiebung zugunsten der Hüttenzechen haben im Jahre 1910, zur Zeit der höchsten bisher dagewesenen Hoheisenerzeugung...

Vom 1. Januar 1911 an ist die Umlage für Kohlen auf den höchsten bisher dagewesenen Satz von 12 Prozent erhöht worden gegen durchschnittlich 6 Prozent im Jahre 1904.

Die deutsche Solvaywerke in Fernau haben im Jahre 1910 einen Reingewinn von 7,69 Millionen Mark erzielt.

Beherrliche Werksabrechnungen.

Kann unsere Lohnforderung bewilligt werden? Die deutschen Solvaywerke in Fernau haben im Jahre 1910 einen Reingewinn von 7,69 Millionen Mark erzielt...

Der 1910 erzielte Reingewinn über 75 Prozent beträgt. Das ist dieselbe Gesellschaft, welche in ihrer Aufsichtsratsrechnung...

Die Wagdeburger B.-G. Zeche Königsgarten bei Bielefeld, verrecknet für 1910 ein Selbstkosten pro Tonne 7,45 Mk. gegen 7,48 Mk. im 1909.

Die Gewerkschaft Eintracht bei Steele überdeckte 1910 510 107 Tonnen Kohlen und erzielte 840 084 Mk. Uberschuß.

Die Gewerkschaft Eintracht bei Steele überdeckte 1910 510 107 Tonnen Kohlen und erzielte 840 084 Mk. Uberschuß.

Die Gewerkschaft Eintracht bei Steele überdeckte 1910 510 107 Tonnen Kohlen und erzielte 840 084 Mk. Uberschuß.

Die Gewerkschaft Eintracht bei Steele überdeckte 1910 510 107 Tonnen Kohlen und erzielte 840 084 Mk. Uberschuß.

Die Gewerkschaft Eintracht bei Steele überdeckte 1910 510 107 Tonnen Kohlen und erzielte 840 084 Mk. Uberschuß.

Die Gewerkschaft Eintracht bei Steele überdeckte 1910 510 107 Tonnen Kohlen und erzielte 840 084 Mk. Uberschuß.

Die Gewerkschaft Eintracht bei Steele überdeckte 1910 510 107 Tonnen Kohlen und erzielte 840 084 Mk. Uberschuß.

Die Gewerkschaft Eintracht bei Steele überdeckte 1910 510 107 Tonnen Kohlen und erzielte 840 084 Mk. Uberschuß.

Die Gewerkschaft Eintracht bei Steele überdeckte 1910 510 107 Tonnen Kohlen und erzielte 840 084 Mk. Uberschuß.

Die Gewerkschaft Eintracht bei Steele überdeckte 1910 510 107 Tonnen Kohlen und erzielte 840 084 Mk. Uberschuß.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Die Generalversammlung der Polnischen Berufsvereinigungen. tagte in Posen vom 25. bis 28. Mai. Zu dieser erschienen insgesamt 147 Delegierte...

Der Tätigkeitsbericht des Vorstandes, der die Jahre 1909/10 umfaßt, erstattete der Vorsitzende des Hauptverbandes der Berufsvereinigungen, Sosnoff.

Der Kassierer des Hauptverbandes, Mieczorek, erstattete den Kassierenbericht, der in Bilanzform verfaßt war.

Der Zentralratsführer Rhymer erstattete den Bericht über die Bureau- und Rechtschuhbureaus.

Unter den zahlreichen zur Annahme vorgelegten Anträgen wurde ein Antrag angenommen, daß in Zukunft als Delegierte zu den Generalversammlungen nur diejenigen Mitglieder wählbar sind...

Die Generalversammlung beschloß, den Sitz des Zentralverbandes von Bochum nach Katowitz in Oberschlesien zu verlegen.

Fußtritte für die Herkules Hausdiener.

Durch die Presse geht die Mitteilung, der Herkules Arbeiterabgeordneter Schirmer sei in seinem häuslichen Wahlkreis durch die ihm übergebenen Vertrauensmänner des Zentrums abgewählt worden.

München, den 21. Dez. 1906.

Gehehrter Herr Kollege!

Wie wir erfahren, herrscht auch unter Ihren Kollegen am Deutsches Zentrum Mandat... Die Wahlmänner sind... Die Wahlmänner sind...

Das ist empörend und fordert zur Stellungnahme heraus... Es ist nun vorgeschlagen worden, die Arbeiter und Bediensteten... Eine solche Taktik ist noch reichlich zu überlegen...

Vorher jedoch etwas unternommen wird, muß volle Gewißheit geschaffen werden über die Stellung der Kollegen im Land... Unter kollegialen Grüßen zeichnet

Das Agitationskomitee für die Wahlen: Hans Bruun, Disziplinäre D.

Dieses Zirkular könnte mit einigen Abänderungen jetzt wieder nachdem Herr Schürmer auch als Reichstagsabgeordneter abgefragt werden... Die hohen Herren vom Zentrum sorgen für sich selbst...

Internationale Rundschau.

Zentrumsgewerkschaftsführer und internationaler Bergarbeiterkongress.

Was gäben die zentrumlichen Gewerkschaftsführer an, wenn sie ihre „Sturm- und Drangperiode“ aus dem Gedächtnis der Zeitgenossen löschen könnten! Die „Sturm- und Drangperiode“, wo die Redaktionen, um Mitglieder zu fangen, den Verband an „Radikalismus“ um mehrere Hunderter füllten...

Zufällig gerät uns die „Kölnische Volkszeitung“ vom 26. April 1911 wieder in die Hand... In dem „unter Kontraktbruch“ begonnenen Streit mitgewirkt...

Die Beteiligung der Gewerkschaftsführer an einigen internationalen Bergarbeiterkongressen erfolgte, weil dem Gewerbeverein bekannt geworden war, daß bei den ausländischen Bergarbeiterorganisationen die ungläublichsten Schwindeln über die christlichen Gewerkschaften verbreitet waren...

Diese Darstellung ist falsch, und da Jmbusch selber auf den internationalen Bergarbeiterkongressen in London 1906, Salzburg 1907, anwesend war, wissenschaftlich falsch! In London erschienen Effert, Jmbusch und Steiger unangemeldet, uneingeladen vom internationalen Komitee...

Was haben die Herren in London für „Aufklärungsarbeit“ verrichtet? Sie haben nicht ein einziges Mal das Wort ergriffen, um die soziale Gesetzgebung Deutschlands vor der des Auslandes zu rühmendem Vergleich zu sprechen...

In Salzburg waren dieselben drei erschienen. Obgleich im „Bergknappen“ nach dem Londoner Kongress ein total unruhiger, beleidigender Bericht über diesen Verlauf erschienen war, wurde den Zentrumsgewerkschaften auch in Salzburg nicht ein Wort gesagt... Die drei Herren sind in der öffentlichen Sitzung noch in der vertraulichen Sitzung haben Effert, Jmbusch und Steiger ein Wort verloren...

Der Londoner Kongress beschloß, nur diejenige Gruppe sei als vollberechtigt anzusehen, die mindestens ein Jahr lang dem internationalen Komitee angehört und ihren anteilmäßigen Beitrag zu den laufenden Kosten zahlte... Die drei Herren sind in der öffentlichen Sitzung noch in der vertraulichen Sitzung haben Effert, Jmbusch und Steiger ein Wort verloren...

des internationalen Sekretariats beauftragt, dann stand ihnen absolut nichts im Wege, sie könnten ihre „Aufklärungsarbeit“ auf dem Kongress fortsetzen und der internationalen Bergarbeiterschaft zeigen, was sie „vernünftige“ Arbeit nennen.

Die Mitglieder haben niemals Einspruch gegen die Beteiligung an den internationalen Kongressen erhoben! Einspruch erhoben die konservativen und orthodoxen Zentrumsgewerkschaften! Die „Berliner Richtung“, wohlgerichtet beim hohen Alerus, denunglückte die Teilnahme an den internationalen Kongressen als eine unterlandstosige, unchristliche Tätigkeit...

Die wohlunterrichteten Wertarbeiter aber sind unbarbar genug, den Verwandlungskünsten nicht über den Weg zu trauben.

Die Lage in Südwales.

Der Kampf der Bergarbeiter des Rhonddales mit dem mächtigen Reichshyndikat „The Cambrian Combine“, der nun schon seit dem 1. November des vergangenen Jahres andauert und an dem 20 000 Arbeiter beteiligt sind, ist in ein neues Stadium getreten... Die Generalversammlung fand vor einer Woche statt. Ehe sie tagte, hatten die Streikenden ein Rundschreiben an alle Ortssektionen des Verbandes geschickt...

Die Generalversammlung fand vor einer Woche statt. Ehe sie tagte, hatten die Streikenden ein Rundschreiben an alle Ortssektionen des Verbandes geschickt, in dem sie sich entschrieben gegen die Annahme des Vertrages auszusprechen... Die Generalversammlung begnügte sich nicht damit, die alten Leiter des südwalisischen Verbandes, die immer mehr an Einfluss verlieren, gänzlich zu desavouieren...

Schon vor einigen Monaten erklärte sich eine Konferenz der Föderation zugunsten einer allgemeinen Bewegung zur Erlangung eines festen Minimallohnes für alle Bergarbeiter... Die Zeitung der Bewegung in Südwales scheint jetzt definitiv in die Hände der jüngeren und energischeren Elemente gefallen zu sein...

Die Zeitung der Bewegung in Südwales scheint jetzt definitiv in die Hände der jüngeren und energischeren Elemente gefallen zu sein... Man wird sich daher in den nächsten Wochen auf eine Kampfführung gefaßt machen müssen, die sehr verschieden ist von dem bei den englischen Allgewerkschaften so beliebten Fortwursteln bis an das selbige Ende.

J. K.

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Bede Auguste Victoria (Hils). (Berichtigungen brauchen nicht mehr zu sein; die Richtigkeit ihrer tatsächlichen Angaben ist nicht zu prüfen... Entschuldigungen des Oberlandesgerichts Breslau, der Amtsgerichts Heiligenstadt, Darmstadt usw.)... Es ist unwahr, daß der Ortsarbeiterlag 4 nach Hugo in Revier 6 manchmal voll Feuer gestanden hat...

Bede Eiberg. Seitdem Betriebsführer Augustin nach Bede Ewald veretzt worden ist und Betriebsführer Kalkhoff das Regiment hieher übernommen hat, haben sich die Verhältnisse, was Löhne und die Behandlung der Arbeiter anbelangt, gewaltig geändert... Bede Eiberg. Seitdem Betriebsführer Augustin nach Bede Ewald veretzt worden ist und Betriebsführer Kalkhoff das Regiment hieher übernommen hat...

Bede Graf Wolffe III und IV. Es wäre nötig, hier im Revier 2 mal gründlich Aemetur zu schaffen... Bede Hannibal I. Durch die Unpünktlichkeit bei der Seilfahrt wird den Arbeitern, besonders der Mittagschicht, hier fast fortgesetzt in ungeschickter Weise die Schichtzeit verlängert...

Bede Hannibal I. Durch die Unpünktlichkeit bei der Seilfahrt wird den Arbeitern, besonders der Mittagschicht, hier fast fortgesetzt in ungeschickter Weise die Schichtzeit verlängert... Bede Eiferfeld. Auf heutiger Bede wird auch viel über zu niedrige Löhne gellagt...

Bede Eiferfeld. Auf heutiger Bede wird auch viel über zu niedrige Löhne gellagt... Bede Eiferfeld. Auf heutiger Bede wird auch viel über zu niedrige Löhne gellagt... Bede Eiferfeld. Auf heutiger Bede wird auch viel über zu niedrige Löhne gellagt...

Bede Eiferfeld. Auf heutiger Bede wird auch viel über zu niedrige Löhne gellagt... Bede Eiferfeld. Auf heutiger Bede wird auch viel über zu niedrige Löhne gellagt... Bede Eiferfeld. Auf heutiger Bede wird auch viel über zu niedrige Löhne gellagt...

Bede Eiferfeld. Auf heutiger Bede wird auch viel über zu niedrige Löhne gellagt... Bede Eiferfeld. Auf heutiger Bede wird auch viel über zu niedrige Löhne gellagt... Bede Eiferfeld. Auf heutiger Bede wird auch viel über zu niedrige Löhne gellagt...

Bede Eiferfeld. Auf heutiger Bede wird auch viel über zu niedrige Löhne gellagt... Bede Eiferfeld. Auf heutiger Bede wird auch viel über zu niedrige Löhne gellagt... Bede Eiferfeld. Auf heutiger Bede wird auch viel über zu niedrige Löhne gellagt...

Bede Eiferfeld. Auf heutiger Bede wird auch viel über zu niedrige Löhne gellagt... Bede Eiferfeld. Auf heutiger Bede wird auch viel über zu niedrige Löhne gellagt... Bede Eiferfeld. Auf heutiger Bede wird auch viel über zu niedrige Löhne gellagt...

Bede Eiferfeld. Auf heutiger Bede wird auch viel über zu niedrige Löhne gellagt... Bede Eiferfeld. Auf heutiger Bede wird auch viel über zu niedrige Löhne gellagt... Bede Eiferfeld. Auf heutiger Bede wird auch viel über zu niedrige Löhne gellagt...

ausgeküsst worden. Haben sich doch schon wiederholt Beamte dieserhalb vor Gericht zu verantworten gehabt. Leute, die sich des Morgens etwas verküsst haben und sich dann länger in der Maschine aufhalten und sich nicht in Wind und Wetter an der Maschinen- und Lampenbunde aufstellen, bis diese geöffnet wird, denen läßt der Herr Betriebsführer die Marke festlegen mit dem Bemerkchen, die Leute haben sich erst bei mir zu melden. Vor der Anfahrt ist dann Herr Grönung stets zu finden. Die Leute müssen dann auf diese Weise eine Schicht einblühen. In einer Sitzung am Vergewerbergericht stellte sich sogar heraus, daß sich Herr Grönung gar noch in der Festlegung der Markennummer vertan hatte. Leute, die kaum einige Wochen auf der Grube sind und auf einen kurzem nicht einmal eine Woche feiern, die werden, wenn es dem Herrn Grönung gefällig, wegen Kontraktbruch entlassen. Auch dann, wenn man sich überzeugt hat, daß der Mann wirklich krank war. Dies erklärte der Vertreter von de Wendel in der letzten Sitzung des Vergewerbergerichts ausdrücklich. Vor einigen Wochen meldete ein Junge von der Leisebant der Verwaltung, daß an dem Jörderseil ein Knappschuß schon seit einigen Tagen mehrere Lippen gerissen seien. Man ging hin, sah nach, und es war so wie der Junge gemeldet hatte. Die Forderung wurde sofort eingestuft und ein neues Seil aufgelegt. Die gesamte Knappschuß mußte dieserhalb eine Schicht feiern. Ein Junge war es in diesem Fall, der den Schacht de Wendel vor dem Zubebruchgehen und eventuell mehr als hundert Menschen das Leben gerettet hat. Wenn das Seil auch nur ganz oberflächlich jeden Tag nachgesehen würde, dann könnte den Beamten derartige nicht entgehen. Denkt man nicht darüber nach, wie verheerend das Durchgehen der Körbe auf der Nachbargrube Berne a. d. Lippe, im Schacht gewesen ist? De Wendel ist genau so tief. Die beiden Körbe hängen ebenfalls an einem Seile. Auf jedem Korbe werden acht Wagen gefördert, genau wie auf Berne. Reicht das Seil, dann wird ein Teil des Schachtes auf Wochen oder gar auf Monate total gestört. Abgesehen davon, daß der Bruch nicht bei der Menschenförderung passiert und viele blühende Menschenleben vernichtet werden.

Zechse Weitenbe (Kampfschacht). (Vertichtungen brauchen nicht wahr zu sein; die Mächtigkeit ihrer tatsächlichen Angaben ist nicht zu prüfen. Entscheidungen des Oberlandesgerichts Breslau, der Amtsgerichte Heiligenstadt, Darmstadt usw.) — „Zu der Nr. 17 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 29. April d. J. befindet sich auf Seite 4 unter der Ueberschrift „Zechse Weitenbe (Kampfschacht)“ eine Notiz, welche wir Sie unter Berufung auf § 11 des Reichspressgesetzes wie folgt zu berichtigen erlauben: Es ist unrichtig, daß auf Zechse Weitenbe (Kampfschacht) am 6. April abends in der elektrischen Leitung der Mächtigkeit Kurzschluß entstanden ist. Ebenso ist unrichtig, daß eine Kappe in Brand geraten ist. — Es ist unrichtig, daß der Betriebsführer durch die Festlegung der Bedinge gegen die Bestimmung der Arbeitsordnung verstößt. Bei einer wesentlichen Verbesserung in den Verhältnissen ist es durchaus berechtigt, einen Abzug am Bedinge ohne weiteres vorzunehmen, wie auch andererseits die Leute dann Lohnzuschlag bestimmen, wenn sich die Verhältnisse plötzlich verschlechtern. — Es ist unrichtig, daß auf der Zechse Holzmaterial herbeiführt. Das Holz wird regelmäßig des Nachts angeliefert. Phoenix, Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb, Abteilung Bergwerksverwaltung, Overtun. Wiesemann.“

Königreich Sachsen.

Raifergarbe (Waldenberg). Die bergpöhlischen Vorschriften jeinem hier, vor allen Dingen im Revier I, nicht bekannt zu sein. Bekanntlich muß bei über 23 Grad Celsius die Schiffschuldenhaft angeordnet werden. Hier haben wir aber Arbeitspunkte, wo 30 bis 34 Grad Temperatur vorhanden ist, aber kein Mensch daran denkt, daß nur sechs Stunden die Schicht dauern darf. Wenn der Arbeiter nach 6 oder 8 Uhr vor Ort kommt, dann frage er auch schon, wieviel Wagen gefahren sind. Nach unserer Auffassung wäre es die Pflicht des Oberleiters, der Ortsbelegschaft zu sagen, daß hier nur sechs-stündige Schicht zulässig ist und nicht schon nach vollen Wagen zu scheitern, wo die Schicht kaum ihren Anfang genommen hat. Eine grobe Forderung der Arbeiter ist es aber, wenn Holz von Zaulengeru und Zaulengeru reitet, wo die Arbeiter bei solchen Temperaturen nach seiner Ansicht nicht genügend Wagen schaffen. Es wäre auch sehr fehlerhaft, wenn einmal bei dem künftigen Hapselberg nachgesehen würde, ob alle notwendigen Schutzvorschriften befolgt sind. Beweist sich ein Arbeiter über schlechte Verhältnisse betreffend Venerierung usw., so meint Herr Kolb: „Sie sind der erste, der sich beschwert, wie kommt denn das?“ Das ist doch eine recht gestrichelte Frage. Einer muß den ersten machen, Herr Kolb. Auch ist auf Raifergarbe ein Bauort direkt eingeführt worden, hoffen wir, daß dadurch das verwerfliche Verfahren von Sonntagsschichten beseitigt wird. Die Belegschaftsmitglieder erlauben wir aber auch, die Sicherheitsmänner von den vorhandenen Beschwerden in Kenntnis zu setzen.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Kürstlich Pleßsche Gruben (Waldburg). Auf den dem Kürsten v. Pleß gehörenden Gruben herrschen seit jeder die allertraurigsten Zustände. Obwohl dieses der Fall, sind doch die dortigen Mächtigen bereit, die Deszendenz durch Zeitungsartikel, Broschüren und friffrte Versammlungen von Gegenseite zu überzeugen. Broschüren, worin die Wohlthaten, die die Reichlichen Arbeiter genießen, der Reiche nach aufgeführt werden, werden sogar auf Weltausstellungen geschickt. Wie es in Wirklichkeit in diesen Grubenbetrieben aussieht, das konnte kürzlich in einer Broschüre: „Eine Abrechnung mit den Kürstlich Pleßschen Grubenverwaltungen Niederösterreichs“ der Deszendenz unterbreitet werden. In dieser Broschüre, die an alle Reichlichen und Bürger des Reiches Waldburg sowie an die Abgeordneten des Reichs- und Landtages verteilt worden ist, wurden Zustände geschildert, die wohl in ganz Deutschland einzig dastehen dürften. Dort ist es so weit, daß man getrost behaupten kann, daß die paar Reichlichen nur durch den Druck der Beamten gewonnen worden sind. Wäre dieses nicht der Fall, die reichstreuen Vereine hätten kein einziges Mitglied. Die Beamten gehen fast Tag für Tag mit Beitrags-erklärungen für den reichstreuen Verein in der Grube herum herum. werden dieselben beim Markeneingang ausgekreißelt. Dabei wird jeder Arbeiter so lange angehalten, bis er diese Beitragsklärung unterschrieben hat. Tut es ein Arbeiter trotzdem nicht, so wird ihm befohlen, die Beitragsklärung persönlich bei seinem Arbeitsleiter abzugeben. Weist er auch da noch Standhaft, so zeigt sich bald die nächsten Tage, daß er gekennzeichnet ist und nun nicht mehr lange auf die Folgen zu warten braucht. Er wird von Ort zu Ort und über Tage verlegt und schließlich gefündigt. Uns liegt eine solche Beitragsklärung vor, es fehlt darauf nichts als wie, daß der betreffende Kumpel seine Unterchrift darunter setzt. Sogar die Mächtigen, mer das Mitglied geworden hat, ist von Steiger Nikolaus mit seinem Namen gezeichnet. Steiger Semper vom Bahnschacht fragte kürzlich einen Schopper, ob er in den reichstreuen Verein (Bergarbeiterverein nannte er ihn verschämt) gehen wolle. Der Schopper vernichte dieses. Semper: „Da sind Sie wohl im Bergarbeiterverband?“ Schopper: „Nein, ich weiß nicht, was der Verband zu bedeuten hat.“ Semper: „Geben Sie mir bis morgen Bescheid, ob Sie sich aufnehmen lassen wollen.“ In neuerer Zeit geht man noch weiter, indem man die Leute auffordert, ihre Verbandsbücher oder eine Bescheinigung über den Austritt beizubringen. Es ist schon vorgekommen, daß man den Leuten das Verbandsbuch abnimmt, es aber nicht mehr zurückgibt. Fahrhauer Zwieners revidiert die Taschen der Arbeiter, um zu sehen, ob die „Wollkammer“ oder die „Bergarbeiter-Zeitung“ gefahren wird. Trop der miserablen Löhne (am letzten Lohnstag wurden Bauernlöhne von 3,50 Mk. ausgezahlt) existiert ein Strafwesen, wie es im ganzen Revier nicht schlimmer sein kann. Bei der Zeitfahle ist der Führer durch eine Kette abgehängt. Bei jedem Treibe wird die Kette aufgemacht, um dann, wenn zu viel Leute, wie auf dem Korbe Platz haben, durchgelassen sind, wieder geschlossen zu werden. Nun gibt es auf Bahnschacht einige bequeme Fahrhauer, welche diese Kette stets geschlossen halten, wodurch die Arbeiter, all wie jung, gezwungen sind, über diese Kette 60 bis 70 Centimeter hoch Sprungübungen zu machen. Beschweren sich die Arbeiter z. B. beim Aufsteigen darauf, so bekommen sie zur Antwort: „Sie mit der bunnen Presse, Sie werden wohl darüber können, wenns Ihnen nicht paßt, können Sie warten, bis alle darüber (ausgefahren) sind. Außerdem steht es dann 1 Mk. Strafe. Beschwerden sich die Arbeiter gegen solche Strafforderungen, wird eine Untersuchung zugezogen, auch abgehalten, mit dem Resultat, daß, obwohl höhere Beamte den zu Unrecht Strafrecht geben müssen, es bei der Strafe herbeiführt. Bei den kürzlich stattgefundenen „vaterländischen“ Festspielen waren auch eine Anzahl Reichstreuer Tag für Tag mit dabei beschäftigt. Wobon man sonst absolut nichts wissen will, hier konnten diese Leute alle Tage zur Frühlicht kommen und brauchten nur bis 12 Uhr bis 2 Uhr zu arbeiten. Diese Leute bekommen, trotzdem sie täglich zwei Stunden weniger arbeiten als ihre Arbeitskollegen, die volle Schicht bezahlt. Diese zwei Stunden wurden aber Beileide nicht etwa von der Verwaltung bezahlt, die doch dazu verpflichtet war, sondern von den Arbeitskollegen der betreffenden Kameradschaft. Einem solchen Teilnehmer an den Festspielen, der täglich

bis 12 Uhr nachts im Gasthause zubringen mußte, passierte das Malheur, daß er öfter in der Grube während der Arbeit einschlieft. Nun war dieser Mann obendrein noch Ortsleiter, was, wenn es bei einem anderen Arbeiter passiert wäre, sicher die Entlassung zur Folge gehabt hätte. Hier bestand die einzige Strafe darin, daß er vom Arbeitslohn befreit wurde, ob er wirklich so müde sei.

Bergarbeiterverhältnisse im Wurmrevier.

Am Donnerstag, den 25. Mai, fand im Lokale des Herrn Lennarz in Roppenberg eine Knappschußmitgliederversammlung für die Zechen Anna und Wilhelmsschacht bei Adsdorf statt, in der Kamerad Aufbretter, Wochum über den Gesundheitszustand der Wurmbergleute und die Arbeitsverhältnisse auf genannten Zechen das Referat übernommen hatte. Die Versammlung war gut besucht und zeigte einstimmig die Entschiedenheit, die Leitung der Versammlung zu beauftragen, an den Vorstand der Wurmknappschuß sowie an die Direktion des Eschweiler Bergwerksvereins eine Eingabe zu machen, in die die in der Versammlung beschlossenen Vorschläge zwecks Hebung der Gesundheit der Wurmbergleute niedergelegt werden sollen. Diesem Auftrage entsprechend hat die Leitung folgende Eingaben eingereicht:

- „Adsdorf, den 1. Juni 1911.“
- Am die Direktion des Eschweiler Bergwerksvereins zu Adsdorf.
- Die gesundheitslichen Verhältnisse der Bergarbeiterschaft im Wurmrevier sind bedauerlicherweise derart schlecht, daß neben der Bergarbeiterschaft auch die Werkverwaltungen es als ihre Aufgabe betrachten dürften, diesen Zuständen ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Im Jahre 1909 kamen auf 100 Knappschußmitglieder:
- im Oberschlesischen Knappschußverein 82,6 Kranke
 - „Wanselbecker „ 40,8 „
 - „Saarbrücker „ 61,0 „
 - „Wochumer „ 68,0 „
 - „Eschweiler „ 72,0 „
 - „Stolberger „ 116,6 „
 - „Wurm „ 148,2 „

Aus dieser Zusammenstellung geht klar hervor, daß die Krankenzahl in der Wurmknappschuß an erster Stelle steht. Neben der ständig steigenden Krankenziffer vermehren sich auch die Unfälle von Jahr zu Jahr, wie aus nachstehender Zusammenstellung sich ergibt:

Jahr	Knappschußmitglieder	Kranke	Unfälle
1907	8816	12 200	873
1908	9 708	14 200	1183
1909	11 093	16 500	1819
1910	12 907	18 285	1940

In den letzten vier Jahren hat also die Belegschaftsziffer sich um rund 50 Prozent vermehrt, wogegen die Unfälle sich um 122 Prozent erhöhten. Diese bedauerlichen Zustände bedürfen der Aufmerksamkeit jedes Arbeiters sowie der Werkverwaltungen.

- Eine am 25. Mai im Lokale des Herrn Lennarz in Roppenberg tagende Belegschaftsversammlung für die Zechen Anna und Wilhelmsschacht hat sich mit diesem Material befaßt und hat den Unterzeichneten beauftragt, nachstehende Anträge der Direktion des Eschweiler Bergwerksvereins zu unterbreiten:
- Die Belegschaftsmitglieder erwarten, wenn die von ihnen gemachten Vorschläge Berücksichtigung finden, daß dann eine Hebung und Ordnung des Bergmannsstandes im Wurmrevier eintreten wird. Die Vorschläge hierzu sind:
 1. Eine Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden.
 2. Befreiung der Nachtarbeit, soweit dieselbe zur Aufrechterhaltung des Betriebes nicht unbedingt erforderlich ist.
 3. Daß die Reparaturarbeiten außerhalb des Ganges bezahlt und hierzu genügend Reparaturdauer eingestellt werden.
 4. Es ist für die Arbeiter zu treffen, daß genügend Vorräte vorhanden sind und dieselben regelrecht desinfiziert werden.
 5. Es sind Vorrichtungen zu treffen, daß bei Unfällen sofort Notverbände angelegt werden und der Transport der Verunglückten durch die Zellen erfolgen kann.
 6. Daß genügend Wasserläufe vorhanden und die Brausebäder stets in gutem Zustande sind und das Wasser eine entsprechend gute Temperatur besitzt.
 7. Reformierung des Strafwesens und diesbezügliche Abänderung der Arbeitsordnung, so daß die enorm hohen Geldstrafen nicht mehr vorkommen.

Zur Begründung wird angeführt:

Die jährlich hohe Krankenziffer im Wurmrevier dürfte wohl in erster Linie auf die lange Arbeitszeit zurückzuführen sein, weshalb die Verkürzung der Schichtzeit und eine Einschränkung der Nachtarbeit auf die unbedingt notwendigen Arbeiten als unbedingt notwendig anzuerkannt werden muß.

Tadurch, daß die Reparaturarbeiten nicht mit in das Bedinge verrechnet werden, sondern außerhalb des Ganges bezahlt werden, würden die Unfallgefährden gemindert und die Unfälle eingeschränkt werden.

Die notwendigen Vorräte und deren regelrechtes Desinfizieren sowie das Wasser in den Wasserläufen eine angemessene Temperatur besitzt, wird aus gesundheitslichen Rücksichten als notwendig erscheinen.

Daß den Verunglückten schnelle Hilfe zuteil wird, wird jeder Menschensfreund für selbstverständlich erachten.

Die hohen Geldstrafen treffen die Bergarbeiter schwer. Wie hoch die Geldstrafen in den letzten Jahren waren, die den Bergarbeitern am Arbeitslohn eingehalten wurden, geht aus den Einnahmen der Unterklassungskassen der Zechen hervor, die mit nur wenigen Ausnahmen aus Einnahmen an Strafgebern bestehen. Die Einnahmen dieser Klassen betragen:

	1907	1908	1909	1910
auf Zechen	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Maria I und II	7 837,94	11 107,00	12 594,00	16 493,00
Gouley	1 369,80	1 758,00	2 798,00	3 383,51
Zaulerweg	668,65	1 088,00	1 422,00	855,80
Wadert	757,60	806,00	854,00	796,54
Kämpchen	315,15	475,00	446,00	382,10
Kordfiern	6 977,08	7 735,00	5 824,00	8 863,70
Anna I und II	13 764,75	18 945,00	28 522,00	24 527,40
Karl Friedrich	—	—	—	255,20
zusammen	31 730,07	41 864,00	50 400,00	55 548,41

Nachdem das Vergewerbergericht zu Aachen in seiner Sitzung am 8. März 1911 entschieden hat, daß Vereinbarungen zwischen Arbeitere-ausschuß und Zechenverwaltung zwecks Reformierung des Strafwesens nicht bindend, sondern die diesbezüglichen Bestimmungen der Arbeitsordnung maßgebend sind, das gegenwärtige Strafwesen von den Arbeitern als zu hart empfunden wird, so erachtet die Belegschaftsversammlung um Abänderung der §§ 33 und 40 der Arbeitsordnung, dahingehend, daß ganze Kameradschaften für die Zukunft nicht mehr bestraft werden und daß die Strafen für den einzelnen Arbeiter monatlich nicht über 1 Mk. hinausgehen.

Einer gefälligen Antwort und Berücksichtigung der in dieser Eingabe enthaltenen Vorschläge und Wünsche der Belegschaftsmitglieder der Zechen Anna und Wilhelmsschacht, wodurch der Gesundheitszustand der Bergarbeiterschaft im Wurmrevier gehoben werden soll, nicht ergehen entgegen die am 25. Mai 1911 im Lokale des Herrn Lennarz zu Roppenberg verammelte Belegschaft der Zechen Anna und Wilhelmsschacht.

J. N.: geg. Otto P f a r o w, Kellersberg, Ringstraße 112.“

Die zweite Eingabe lautet:

„Wardenberg, den 1. Juni 1911.“

An den Vorstand der Wurmknappschuß zu Wardenberg.

Am 25. Mai hat im Lokale des Herrn Lennarz in Roppenberg eine Belegschafts- und Knappschußmitgliederversammlung tagend, die unter anderem über Mittel und Wege beraten hat, um der hohen Krankenzahl der Wurmbergleute entgegen zu arbeiten. Die Versammlung, geschaltet sich, dem Vorstände der Wurmknappschuß nachstehende Anträge zu unterbreiten, von denen zu erwarten ist, daß sie dazu beitragen, daß der Gesundheitszustand der Wurmbergleute gehoben wird.

1. Eine Erhöhung des Krankengeldes und der Invalidenpension.
2. Einführung einer beschränkten freien Arztwahl.
3. Solange die freie Arztwahl nicht eingeführt ist:

 - a) Daß die Knappschußärzte nachmittags eine Sprechstunde für die Knappschußmitglieder einführen.
 - b) Daß für den Sprengel Adsdorf ein zweiter Knappschußarzt angeestellt wird.
 - c) Anstellung von Spezialärzten, insbesondere für Augenleiden, Nasen-, Ohren-, Kehlkopf- und Hautkrankheiten. Daß die Knapp-

schußmitglieder die Spezialärzte in Anspruch nehmen können ohne vorherige Ueberweisung vom Knappschußarzt und Zustimmung durch den Vorstand.

d) Anstellung von Knappschußärzten in den abgelegenen Bezirken, in denen eine größere Anzahl Knappschußmitglieder wohnen, bis jetzt aber noch kein Knappschußarzt angeheilt ist.

Zur Begründung wird angeführt:

Eine Erhöhung des Krankengeldes und der Invalidenpension macht sich notwendig, indem bei dem heutigen teuren Lebensunterhalt das Krankengeld und die Pensionen nicht ausreichen, um, ohne Schulden zu machen, eine Familie ernähren zu können. Die im Wurmrevier herrschende hohe Krankenzahl ist wohl neben der langen Arbeitszeit mit darauf zurückzuführen, daß viele erkrankte Knappschußmitglieder, die einen größeren Aufenthalt haben, wegen des geringen Krankengeldes gezwungen sind, die Arbeit aufzunehmen, bevor sie völlig gesund sind, daß dann nach einiger Zeit die Krankheit in einem schlimmeren Stadium auftritt. Es ist nicht abzutreiben, daß Kranke, die sich in Not und Elend befinden, die nicht die notwendigen Stärkungsmittel zu sich nehmen können, einer längeren Krankenzeit unterworfen sind, als wenn ihnen die Geldmittel zur Beschaffung des Notwendigen zur Verfügung ständen.

Durch die Einführung einer beschränkten freien Arztwahl sollen die Knappschußmitglieder in die Lage versetzt werden, den Arzt ihres Vertrauens in Anspruch zu nehmen, denn das Vertrauen des Kranken zum Arzt trägt zur schnellen Heilung und Genesung wesentlich bei. Daß die Knappschußmitglieder auf einen und denselben Sprengelarzt angewiesen sind, wird bei den Knappschußmitgliedern als ein Uebelstand empfunden. Weshalb Knappschußmitglieder einen außerhalb ihres Sprengels wohnenden Knappschußarzt in Anspruch, so haben sie, wie oftmals vorgekommen, die Zurückweisung zu erwarten.

Die meisten Knappschußärzte haben für Knappschußmitglieder nur vormittags Sprechstunden. Leicht erkrankten Knappschußmitgliedern, die Frühlicht haben, ist nicht die Gelegenheit geboten, einen Arzt in Anspruch zu nehmen, ohne ihre Arbeit vermissen zu müssen. Mander Krankheit könnte vorgebeugt werden durch schnelle ärztliche Hilfe. Es liegt demnach sowohl im Interesse der Knappschußkassen wie der Mitglieder, daß die Knappschußärzte mehr Gelegenheiten gegeben wird, die ärztliche Hilfe rechtzeitig in Anspruch zu nehmen.

In den letzten Jahren (von 1907 bis 1909) ist die Zahl der Knappschußmitglieder im Bezirk Adsdorf von 1718 auf 2077, also um 21 Prozent, gestiegen. Die Krankenzahl stieg von 1652 auf 2001 oder um 27 Prozent. Kein anderer Sprengel der Wurmknappschuß hat eine so hohe Krankenzahl, wie der Sprengel Adsdorf. Durch die enorm hohe Krankenzahl und daß der Knappschußarzt Herr Dr. Grebe neben seiner Tätigkeit als Knappschußarzt seine Privatpraxis ausübt, dürfte die Notwendigkeit erachtet sein, daß im Sprengel Adsdorf die Anstellung eines zweiten Knappschußarztes eine Notwendigkeit ist.

Die Anstellung von Spezialärzten ist ein langjähriger Wunsch der Knappschußmitglieder. Der heutige Zustand, daß Knappschußmitglieder, bei denen sich die Heilung durch einen Spezialarzt notwendig macht, hierzu einer Ueberweisung von dem Knappschußarzt bedürfen und daß die Ueberweisung der vorherigen Beglaubigung des Knappschußvorstandes bedarf, bringt viele Nachteile und Unerträglichkeiten für die Knappschußmitglieder mit sich. Abgesehen davon, daß Knappschußärzte ungenutzbar ausstellen, nimmt diese Einschränkung so viel Zeit in Anspruch, daß die Kranken sich meist verschlimmern, den Kranken größere Schmerzen und längeres Lohnausfall und auch der Knappschuß mehr Kosten verursachen. In den meisten Fällen ist bei Spezialkrankheiten eine schnelle ärztliche Hilfe von großer Wichtigkeit.

Daß die Anstellung von Knappschußärzten in den abgelegenen Bezirken, wo eine größere Anzahl Knappschußmitglieder wohnen, für die Knappschußmitglieder wie für die Knappschußkassen eine unbedingte Notwendigkeit ist, bedarf keiner näheren Begründung.

Die Knappschußmitglieder erwarten durch Berücksichtigung dieser Vorschläge und Aufnahme derselben in das Knappschußstatut, daß der Gesundheitszustand der Knappschußmitglieder gehoben wird, weshalb erachtet die Versammlung den Vorstand der Wurmknappschuß, den berechtigten Wünschen und Anträgen der Knappschußmitglieder entgegen zu kommen und die Verwirklichung dieser Anträge gütlich veranlassen zu wollen.

Hochachtungsvoll mit Glüd auf!

Die am 25. Mai im Lokale des Herrn Lennarz zu Roppenberg versammelten Mitglieder der Wurmknappschuß.

J. N.: geg. Otto P f a r o w, Kellersberg, Ringstraße 112.“

Die in beiden Eingaben niedergelegten Forderungen kennzeichnen die Zustände, unter denen der Wurmbergmann zu leiden hat. Es darf nicht verschwiegen werden, daß ein großer Teil der Kameraden im Aachener Bezirk mit Schuld daran trägt, daß diese Zustände bestehen, indem sie es nicht für notwendig finden, sich der Organisation anzuschließen; den Kampf um Eringung besserer Zustände wollen sie den organisierten Kameraden überlassen. Kameraden, die so handeln, bedenken nicht, welche große Schuld sie auf sich laden. Die Erfahrung hat genügend gelehrt, daß die Werkverwaltungen nur dann die Wünsche und Forderungen der Bergarbeiter berücksichtigen, wenn ihnen eine geeignete und geschlossene Bergarbeiterschaft gegenübersteht. Deshalb Kameraden im Aachener Bezirk schließt euch zusammen. Trete alle ein in eure Berufsorganisation, in den Verband der Bergarbeiter Deutschlands.

Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Kadob.

Am 7. Juni fand vor dem Schöffengericht in W e r n e a. d. Lippe eine Verhandlung statt, die ein eigenartiges Licht auf die Verhältnisse warf, wie sie sich nach dem Unglück auf Kadob wieder eingebürgert haben. Angeklagt waren 18 Arbeiter, verschiedener die Grubenlampen, geöffnet zu haben; darunter befanden sich acht unter 21 Jahren, zwei waren erst 17, zwei sogar erst 16 Jahre alt; einige von ihnen waren Ausländer.

Nach dem großen Unglück am 12. November 1908 wurden auf Kadob elektrische Lampen eingeführt, die aber auch recht mangelhaft waren und vielfach verbrannten. Die Folge war, daß die Feuerlampen, die zum Teil ebenfalls nicht funktionierten, vielfach schon wenige Stunden nach begonnener Schicht verbraucht waren, und daß auch Lampen, um sie wieder in Ordnung zu bringen, geöffnet wurden. Nach einer Lampe Revision am 11. Februar wurden etwa 50 Mann mit je 3 Mk. bestraft, weil das Schloß an ihrer Lampe gefehlt hatte. Obendrein erstattete die Verwaltung noch Anzeige bei der Staatsanwaltschaft, was die Anklage gegen 16 Arbeiter zur Folge hatte.

Als Zeugen waren der Betriebsführer Berg, die Fahrleiters Thiermann, Scheuch, Garris und der Lampenmeister Echterhoff von der Staatsanwaltschaft bestellt.

Die Schilderungen der Angeklagten, wie es komme, daß Lampen ohne Schloß abgegeben würden, waren zusammengefaßt folgende: Die Strecken sind sehr eng, so daß die Lampen öfter an den Stempel hängen; die Schienenwege sind ungeheuer holzig, wodurch die Wagen hin und her schlagen; die Schloßer sind so locker, daß sie hierdurch schon verloren gehen. Auch beim Hantieren bei der Arbeit, sogar auf dem Wege zur Arbeit, gehen die Schloßer verloren. Auch wollten sie die Lampen wiederholt ohne Schloß empfangen haben. Die Lampen waren bis zum 1. April in einem ganz miserablen Zustand. Sie fielen im Laufe der vorgezeichneten acht Stunden nicht aus. In einem einzigen Ausbruch kamen beim Schichtwechsel 23 Mann heraus, die im Dunkeln waren, denen ihre Lampen erflohen waren.

Alle Angeklagten, mit Ausnahme des 16jährigen G., bestritten die Lampe nicht geöffnet zu haben. Wenn bei der Revision, die ja in ihrer Abwesenheit vorgenommen sei, das Schloß gefehlt habe, dann könne es nur durch die erwähnten Ursachen verloren gegangen sein. Hierauf ließ der Staatsanwalt feilschen, wie lange die Angeklagten schon auf der Grube beschäftigt seien. Dabei ergab sich, daß ein erheblicher Teil erst ganz kurze Zeit auf der Zechen arbeitete!

Als erster Zeuge betradet der Betriebsführer Berg: Wir haben die Lampen nicht in eigener Regie. Diese werden von einem Unternehmern geliefert und unterhalten. Anfang Februar kam der Lampenmeister Echterhoff zu mir und sagte: Es fehlen in letzter Zeit soviel Schloßer an den Lampen; Sie wollen mal Änderungen treffen, daß das anders wird. — Hierauf habe ich den drei Fahrleitern Anweisung gegeben, an einem bestimmten Tage sämtliche Lampen nach der Schicht zu revidieren. Es sind dann circa 50 Mann mit 3 Mk. bestraft worden. Auf Veranlassung der Verwaltungs sind diese Leute dann noch der Staatsanwaltschaft angezeigt worden. — Auf Befragen gab er an, er selber habe keine Lampen ohne Schloß gesehen. Ob Lampen ohne Schloß zur Ausgabe gelangen, darüber lasse ich mich schwer etwas

Table with 2 columns: Region (e.g., Werra, Harz) and list of districts with their respective population counts and administrative details.

Unsere Verbandsmitglieder!

- Control Commission members: Ernst Becker, Emil Gerlach, August Gerlach, etc.

- Executive Board (Vorstand): Hermann Baste, Friedrich Kusemann, Paul Horn, etc.

Der Kontrollauschuss hat sich bereits konstituiert und den Kameraden Heinrich Ueberschär in Dessau Nr. 75 (Postfach) zum Vorsitzenden bestimmt.

Rechtschutz betreffend. Oblied. Das Rechtschutzbüreau in Glabbed ist von der Kaiserstraße nach der Aonstraße 74...

Abschreibenveränderungen. Die Geschäfts des Vertrauensmannes hat der Kamerad Wilhelm Wissner übernommen...

Rücker Revision. In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt...

Krankheitsunterstützungs-Anzahlungen. Unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches und des Krankenscheines kann in folgenden Zahlstellen das Krankengeld erhoben werden...

Zahlstellen-Versammlungen und Steuertage. In den mit * bezeichneten Zahlstellen wird über die Generalversammlung Bericht erstattet.

- List of assembly dates: Völsdorf, Völsdorf, Völsdorf, etc., with specific dates and locations.

Verbandsnachrichten

An die Vertrauensleute und Ortsverwaltungen! Bei dem Verlangen um Ausstellung von Duplikaten muß angegeben werden, wie weit und welche Beiträge...

Offentliche Knappschmittglieder-Versammlungen

Samstag, den 18. Juni 1911: Sping, Sonntag 11 Uhr im Lokale des Herrn Wagner, Bergstraße.

Bergarbeiter-Versammlungen

Sonntags, den 17. Juni 1911: Abends 7 Uhr, in der 'Kühlschale', für die Kahlbergarbeiter...

Zahlstellen-Feste

Gelsenkirchen IV. Sonntag, den 25. Juni, nachm. 4 Uhr, im Saal des Herrn Conrad Oette...

Advertisement for 'Der gelbe Sumpf' (The Yellow Swamp) featuring a central illustration and text promoting a magazine for workers.

Advertisement for 'Anschichts-Postkarten' (Anschluss-Postcards) and other items from 'Bergarbeiterheim'.

Advertisement for 'Belegchäfts-Versammlungen' (Document Business Meetings) on Sunday, June 18, 1911.

Advertisement for 'Konferenz der Kaliarbeiter' (Conference of Potash Workers) on Sunday, June 18, 1911.

Advertisement for 'Gewerkschaftshaus Hamburg' (Trade Union House Hamburg) with contact information G. m. b. H.

Advertisement for 'Der gelbe Sumpf' magazine, price 10 Pfennig, published by B. Hansmann & Co.